

Hohenstein-Ernstthal-er Anzeiger

Bezugspreis monatlich 12.— R. durch Boten frei ins Haus geliefert, bei Abholung in den Geschäftsstellen 11.— R. Wochenl. 2.75 R. Bei Postbestellung monatlich 29.— R. einjährig 270.— R. Einzelne Nummer 50 Pf. Ausgabe wochentags nachmittags. Falls durch höhere Gewalt, Betriebsstörung, Streik, Sperre, Auslieferung der Anzeiger verspätet oder nicht erfolgt, ist der Verlag nicht zum Ersatz verpflichtet. — Postfachkonto Leipzig 49214. Geschäftsstelle: Hohenstein-Ernstthal, Bahnstr. 2.

zugleich
Oberlungwitzer Tageblatt
und
Gersdorfer Tageblatt

Anzeigenpreis die Spaltenzeile 1.75 R. 2. Spaltenzeile 1.50 R.; bei Abrechnungen nachträgliche Nachzahlung. — Anzeigenentwurf und Berechnung von Schriftarten Angehörig 1.— R. — Anzeigenentwurf durch Fernsprecher schließt jeden Freitagabend ab. — Bei geringerer Anzeigenzahl der Anzeigenentwurf durch Briefe oder im Geschäftsbesitz gelangt hat, soll der Betrag unter Wegfall der bei Fernsprecher Anzeigen entfallenden Abzüge in Betrachtung kommen. — Fernsprecher Nr. 101.

Anzeiger für Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Langenberg, Meinsdorf, Falken, Langenschursdorf, Reichenbach, Hermsdorf, Bernsdorf, Rüdorf, Erlbach, Kirchberg, Ursprung, Wüstenbrand, Mittelbach usw.

Nr. 37

Montag, den 13. Februar 1922

49. Jahrgang

Oberlungwitz.

Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene. Dienstag, den 14. Februar, nach 13 Uhr findet im hiesigen Rathaus — Zimmer Nr. 4 — Spruchtag des Bezirksamtes für Kriegsbeschädigte zu Glauchau statt. Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene, welche Auskunft, Rat und Hilfe erteilt haben wollen, werden hiermit aufgefordert, am genannten Tage zu erscheinen.
Oberlungwitz, den 11. Februar 1922. Der Gemeindevorstand.

Die Vertrauensfrage.

Im Reichstage haben sich die Verhältnisse wieder einmal zugespitzt, ja, man spricht schon ganz offen von einer Regierungskrise. Wir glauben indessen, daß auch diesmal ein Ritt gelunden werden wird, der das Kabinett weiterhin zusammenleimt. Die Lage ist durch die Forderung Dr. Wirths nach einem positiven Vertrauensvotum, die in einem bemerkenswerten Gegensatz zu der bisherigen Gepflogenheit steht, aus der Ablehnung von Misstrauensvoten indirekt ein Mandat zur Weiterführung der Geschäfte abzuleiten, weil eine Mehrheit für die Regierung stets fraglich war, recht kritisch geworden. Die Misstrauensanträge wären zweifellos mit wechselnden Mehrheiten einzeln abgelehnt worden. Eine positive Mehrheit für Wirth zusammenzubringen, heißt vielleicht auf ein paar Schwierigkeiten, und bisher ist es noch nicht abzuweichen, wie das geschehen soll. Zentrum und Sozialdemokraten, die beiden Regierungsparteien, verfügen selbst mit den Demokraten nur über 227 Stimmen bei einer Abgeordnetenzahl von 466. Hilfe kann vielleicht von der Bayerischen Volkspartei und dem Bayerischen Bauernbund kommen. Wenn beide Gruppen mit ihren 24 Stimmen sich für Wirth erklären, kann eine schwache Mehrheit von 18 Stimmen dabei herauspringen. Aber bei der scharfen Opposition, die sich auch in diesen Kreisen gegen Dr. Wirth bemerkbar macht, muß die Regierung unbedingt damit rechnen, daß ein beträchtlicher Teil gegen sie stimmen wird. Ob dabei noch eine Mehrheit für die Regierung erreicht wird, und ob dann die Regierung eine Mehrheit von weitaus Stimmen noch als tragfähig ansehen kann, muß die Mittwoch-Entscheidung ersehen. Zweifelloser wird es Dr. Wirth in den nächsten Tagen verfallen, Anfechtung an die Unabhängigen zu suchen, die ihm bisher über den Berg geholfen haben.

Zur augenblicklichen Lage drücken die Blätter der Rechten in ihrer Mehrheit die Hoffnung aus, daß der Reichskanzler am Mittwoch ausrückt werde, wenn auch das „D. Tageblatt“ und der „Reichsbote“ übereinstimmend betonen, daß die Gelassenheit, das Kabinett zu führen, am Sonntagabend einstimmig anwesend und verpackt worden sei. Die Blätter der Regierungsparteien betonen es, daß der Reichskanzler den Mut zur Entscheidung gezeigt und ein klares Vertrauensvotum abgelehnt habe. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meint, daß die Unabhängigen Wirths vielleicht doch noch annehmen werde, die jetzige Krise, die die Schwere für das Kabinett Wirth sei, zu vermeiden. Das „Berl. Tageblatt“ und die „Berl. Volkszeitung“ betonen die Notwendigkeit, den Reichstag aufzulösen, falls er Wirth das für Genua erforderliche Vertrauen nicht ausspreche. Die „Voll. Sta.“ glaubt, den Unabhängigen könne nichts daran liegen, die Aktionsfähigkeit eines Kabinetts zu schwächen, dessen Zukunftslosigkeit sie billigen, und sie müßten deshalb die Frage der Aufrichterhaltung ihres persönlichen Misstrauensvotums gegen Wirth noch einmal nachprüfen. Die „Freiheit“ hält ein Kompromiß mit der Volkspartei bis Mittwoch für wahrscheinlich und ruft: Etwas heißt vor den Toren! Die „Köln. Fabrik“ erblickt den einzigen Ausweg in einer Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-Reinigung.

Zweifelloser bedeuten die fünf Misstrauensanträge der beiden Rechten, der Unabhängigen und der beiden kommunistischen Gruppen eine gewisse Gefahr für das Kabinett, zumal die Reichsgewerkschaft der Eisenbahnen den Ausbruch eines neuen Streiks bzw. von Teilstreiks in Aussicht stellt. Deutschland lebt wieder einmal auf vulkanischem Boden, das kann beschwerene Neben drängt sich wieder hervor. Dabei steht die Schma der schwächeren Parteien des Steuerkomplexes noch bevor. Die eigentlichen Kämpfe um die neuen Steuern wer-

den das Kabinett noch in schwierigeren Lagen bringen. Wir müssen freilich in die Wüste. Erleichtert wird der Entschluß, ja, er wird nur ermöglicht, wenn die Volksmassen das Gefühl haben, daß alle mitgehen. Der erbitterte Widerstand, der sich schon bemerkbar macht, beruht zum Teil auf der Ueberzeugung: Es soll wieder nur die Armen treffen, es soll wieder nur dem genommen werden, der nichts hat. Auch im Hinblick auf das, was noch kommen muß, ist es demnach ein Unglück, daß die Steuererhöhung bei den Besitzenden so weit im Rückstand ist. Man wird die Steuerbefreiungen noch viel mehr unter diesen Gesichtspunkt stellen und ganz besonders die Befreiung des Lurus und die Befreiung des Wuchers aus volkswirtschaftlichen Gründen betreiben müssen. Nicht mit dem Rechenstift, sondern mit tief sozialen Gefühlen ist gerade an diese Aufgabe heranzugehen. Die Armen, die kaum noch ein ganzes Hemd besitzen, werden es bald nicht mehr ertragen können, von Spitzen und Pelzen und Diamanten zu lesen. Wer auf dem Weltmarkt tanzt, soll des Feuers Strom gewärtig sein. Am Mittwoch wird es sich zeigen, inwieweit das Kabinett Wirth noch das Vertrauen besitzt, dessen es bei unerer schwierigen Außenlage mehr denn je bedarf.

Vorkonferenz für Genua.

Die britische Regierung hat noch nicht auf das Memorandum Poincarés geantwortet. Das Foreign Office ist angewöhnt für eine vorbereitende Zusammenkunft englischer, französischer und italienischer Sachverständiger, die die technischen Fragen, die für die Konferenz von Genua vorliegen, einer Prüfung unterziehen sollen. Die französischen Kreise stehen einer derartigen technischen Vorbereitung ungünstig gegenüber. Diese würde wahrscheinlich in Paris abgehalten werden, doch wünschen die französischen Kreise, daß sowohl alle Mitglieder als auch die kleine Entente daran teilnehmen. Paris, 12. Febr. Der Londoner Berichterstatter des „Journal“ sagt, die Sachverständigenkonferenz sei das einzige Zweckmittel, das Frankreich gemacht werden würde. Auf eine Vertagung von drei Monaten würde man sich nicht einlassen. Man nehme an, daß ein Sinneswandel des Besheim der Konferenz am 14. Tage für die Vorbereitungen eintreffe. „Petit Parisien“ erklärt, daß auch in London vorbereitende Beratungen für die Konferenz bevorzugen würden. Auf englischer Seite werde gewünscht, daß die gemeinsamen vorbereitenden Sitzungen, die übrigens in Genua bereits geplant gewesen seien, in London stattfinden.

Englischer Vorschlag einer Vorkonferenz.

In London, 13. Febr. Die englische Regierung hat beschlossen, eine interalliierte Sachverständigenkonferenz nach London zu berufen, um die in Genua zu behandelnden Fragen zu besprechen.

Brotpreisenerhöhung und Entente.

Das „Petit Journal“ wendet sich gegen die Brotpreisenerhöhung in Deutschland. Diese Maßnahme könne nur als ein politisches und nicht als ein wirtschaftliches Hilfsmittel angesehen werden. Man achte den Gläubigern, weil diese es zu fordern hatten, ein paar Verurteilung und scheint deren gerechtfertigte Forderungen zu erfüllen, um die verschwendlichen Ausgaben nicht mehr vornehmen zu wollen. Aber die Brotpreisenerhöhung sei eine unerwünschte Maßnahme, die übrigens auch nur dazu führen würde, die Entente reichlich unpopulär in Deutschland zu machen. Mit allen den Erhöhungen der Eisenbahn-, Post- und Zolltarife würde man kaum die Kosten decken können, die die Verteuerung der Arbeitskräfte und der Produkte hervorruft würde. Diese Erhöhung der Preise und der Tarife sei gefährlich. Man müsse

nach Oesterreich blicken, wo die Aufhebung der Subventionen für Lebensmittelkäufe den Brotpreis von 75 auf 300 Kronen heraufschien ließ. Dadurch habe eine gefährliche soziale Krise gedroht, die zum Ruin des Landes führen könnte. In Deutschland würde die Brotpreisenerhöhung Lohnforderungen zur Folge haben. Die Regierung würde, um diese zu befriedigen, neuerdings Banknoten drucken lassen, was einen neuen Kurssturz der Mark hervorrufen und ein neues Defizit zeitigen würde. Alle Anstrengungen, die deutschen Finanzen zur Gesundung zu bringen, müßten dann scheitern.

Eine neue Streikdrohung.

Der Vorstand der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamter wendet sich öffentlich gegen die Einleitung der Disziplinarverfahren gegen die Streikführer. Bereits zwei Tage vor Ausbruch des Streiks hätten Vorstandsglieder und Angestellte der Bezirksorganisations der Reichsgewerkschaft vom Reichsverkehrsministerium die Aufforderung erhalten, sich sofort bei ihren Dienststellen zurückzumelden. Gegen diejenigen, die dieser Aufforderung nicht entsprachen — es kämen etwa 200 Beamte in Frage — sei das Disziplinarverfahren mit

dem Ziel der Amtsentlassung bereits eingeleitet worden. Die Reichsgewerkschaft stehe auf dem Standpunkt, daß diese Maßnahme des Ministers ungeheuerlich sei. Sämtliche in Frage kommende Beamte seien bis zum 1. März dieses Jahres von der Eisenbahnverwaltung ohne Gehalt beurlaubt worden, wie sie auch in bezug auf das Dienst- und Pensionsalter und auf die Beförderungsmöglichkeit während der Urlaubzeit kein Recht hätten. Die Eisenbahnverwaltung halte ihnen lediglich bis zum Ablauf des Urlaubs ihre Stellen frei. Die Ankündigung, daß gegen alle diese Angestellten der Reichsgewerkschaft nun disziplinarisch vorgegangen werden soll, hat im ganzen Lande eine starke Empörung unter den Eisenbahnbeamten hervorgerufen. Sollte der Reichstag sich mit den Auslassungen des Reichskanzlers vom Donnerstag einverstanden erklären, so müsse die Reichsgewerkschaft die Verantwortung für die Folgen ablehnen, die sich aus diesem Vorgehen der Regierung ergeben könnten, die im Gegensatz zu den Abmachungen in der Reichskanzlei stehen. Es bestehe die große Gefahr, daß als Antwort auf diese Maßnahme überall im ganzen Lande wilde Streikfeiern ausbrächen, die über den Kopf der Reichsgewerkschaft hinweg gehen würden.

Der Reichskanzler verlangt ein Vertrauensvotum.

Berlin, 11. Febr. Präsident Lobe eröffnet die Sonnabend-Sitzung des Reichstages mit folgender Mitteilung: In der Anrede, die zu vorzeitigem Schluß der gestrigen Sitzung geführt hat, ist vielleicht auch der Hinweis des Vizepräsidenten Dietrich auf die ordnungswidrigen Bemerkungen des Abg. Dittmann gegenüber dem Reichsverkehrsminister untergegangen.

Es wird zunächst die Aussprache über die Erklärung der Reichsregierung fortgesetzt. Die Deutsche Volkspartei hat inzwischen ein

Misstrauensvotum eingebracht, in welchem die Nichtanwendung der Verordnung des Reichspräsidenten, die Verhandlungen mit der Reichsgewerkschaft und die Zusage des Reichskanzlers für die Disziplinarverfahren mißbilligt werden und zum Schluß dem Reichskanzler formell das Misstrauen ausgesprochen wird.

Abg. Dittmann (Unabh.): In Berlin allein sind 187 Disziplinarverfahren eingeleitet. Eine Nachtragssitzung steht noch aus. Im ganzen Reich betragen die Maßnahmemaßnahmen nach Auffassung der Reichsgewerkschaft 25 000 bis 30 000. Wird der Verkehrsminister gegen die höheren Beamten, die seine Anordnungen in ähnlicher Weise mißachtet haben, auch disziplinarisch vorgehen? Die Nachrichten über die Meldungen der Todesfälle in den Krankenhäusern während des Streiks sind übertrieben. Wir müssen einen Untersuchungsausschuß gegen Herrn Stinnes einsetzen, um festzustellen, ob er in Enaland tatsächlich die deutschen Eisenbahnen verabschieden wollte. Eine rein sozialistische Regierung wäre in Deutschland sehr unüblich.

Abg. Koch (Dem.): Wenn der Abstrudentat aufrecht erhalten werden soll, dann muß er, soweit wie möglich, ausgenutzt werden. Die Verhandlungen über das Arbeitszeitgesetz müssen deshalb alsbald beginnen. Die Disziplinarverfahren gegen die Streikführer müssen durchgeführt werden, denn die

unerhörte Attacke auf unser Nationalvermögen fordert eine erhebliche Güne. Es herbeiführt uns Sorge, daß soeben eine Volksgewerkschaft für die Streikenden gesammelt hat. Rußlands (Scharfmacher!) Die Technische Notlage können wir nicht entbehren, solange die Gewerkschaften nicht hart genug sind, ihren Willen durchzusetzen. Demokratie darf nicht gleichbedeutend sein mit Schwäche. Auch die deutsche nationale Fraktion hat ein Misstrauensvotum eingebracht, das beabsichtigt wird mit der schwächlichen Haltung der Reichsregierung, den unerwünschten Schutz des nicht-trouen Personals und der manövrierenden Hochvertrauensleute zwischen den Fäden und Worten des Reichskanzlers.

Reichsverkehrsminister Gröner: Wollte ich mich durch das Auftreten des Abg. Dittmann von der pflichtmäßigen Ausübung mei-

nes Amtes abhalten lassen, so wäre kein Schwabwort gegen mich nicht stark genug. Dem Wunsche des Abg. Koch entsprechend stelle ich gern fest, daß ich in der Frage der Disziplinarverfahren in voller Uebereinstimmung mit dem Kabinett bin. Ueber die Frage der Maßregeln la herrscht

zwischen dem Kabinett und mir in allen Punkten Uebereinstimmung. Bis jetzt habe ich in 153 Fällen Entlassungsanträge stattgegeben.

Reichsfinanzminister Hermes: Ich muß mich mit aller Entschiedenheit gegen die Anträge des Abg. Dittmann auf die höhere Beamtenschaft im allgemeinen und gegen einzelne Vertreter des Finanzministeriums im besonderen wehren und diese kräftigen Schwabworten auf das schärfste zurückweisen. Was die Sache selbst betrifft, so würden die Teuerungszuschläge durch das Gesetz vom 30. April 1920 zunächst auf 50 Prozent der Grundgehälter, Orts- und Kinderzuschläge bemessen werden dann vom 1. Januar 1921 ab von 50 bis auf 75 Prozent. Der Minister zahlt dann die Erhöhungen der Beamtensgehälter auf und verteilt danach statistische Zahlen, aus denen er den Schluß zieht, daß die Beamtensgehälter doppelt so stark gewachsen sind wie die Teuerungszuschläge (Zuruf von den Kommunisten: Loh! Loh! nur noch der Weg der Ueberzeugungswirtschaft und der widerrechtlichen Wirtschaftskrisen).

Der Beamtenschaft hat sich damit schon beschaffen. Ich lese großen Wert auf ein Zusammenarbeiten mit den Eisenbahnbeamten.

Abg. Schirmer (Dsch. Sp.) lehnt das Streikrecht der Beamten ebenfalls ab. Wir teilen den Standpunkt des Reichskanzlers. Der Redner dankt den bayerischen Eisenbahnern, die den Streik nicht mitgemacht haben, und der Technischen Notlage.

Abg. Brach (Kom. Arbeitsgemeinschaft) fordert die Rücknahme der Disziplinarverfahren und Maßregeln. Mitwirkung der Organisationen der Arbeiter und Beamten beim Eisenbahnfinanzgesetz, Erhöhung der Grundgehälter der mittleren und unteren Beamten und ein Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften, das im Beamtensvotum verankert werden soll. Dem Misstrauensvotum der Unabhängigen stimmt der Redner zu.

Abg. Mark (Kom. Arbeiterpartei): Die Regierung und die sie stützenden Parteien haben die Eisenbahner in den Streik getrieben. Die Sozialdemokraten und die Unabhängigen haben durch ihr Verhalten während des Streiks das letzte Vertrauen bei den Arbeitern einbüßt.

Die Abg. Höllein und Heyde mann (Kom.) erhalten nachträglich Ordnungsurteile für unparlamentarische Zurufe gegen den Reichsverkehrsminister.